

## Psychotherapeutische Versorgung Zügige Reform der Bedarfsplanung gefordert

Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) fordert die künftige Bundesregierung auf, die Versorgung psychisch kranker Menschen auf dem Land zu verbessern. Damit sie dort die gleichen Chancen auf eine Behandlung haben wie in der Stadt, seien bis zu 4 000 neue Niederlassungen notwendig.

Nach Vorstellung der Kammer sollte die neue Bundesregierung deshalb den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) mit einer Reform der psychotherapeutischen Bedarfsplanung beauftragen und noch im aktuellen Jahr die Verhältniszahlen für die Arztgruppe der Psychotherapeuten auf dem Land und in der Stadt einheitlicher gestalten. Während sich in Städten 36,1 Psychotherapeuten je 100 000 Einwohner niederlassen dürfen, sind es in ländlichen Regionen im ungünstigsten Fall nur 12,8 Psychotherapeuten je 100 000 Einwohner. „Psychische Erkrankungen gibt es auf dem Land



Foto: G-BA

jedoch nur unwesentlich seltener als in der Stadt“, erläutert BPTK-Präsident Dr. rer. nat. Dietrich Munz. Epidemiologische Daten zeigten, dass in Großstädten 30 Prozent der Menschen jedes Jahr psychisch krank werden, auf dem Land seien es 27 Prozent.

Der Gesetzgeber müsse diesmal dafür sorgen, dass der Gemeinsame Bundesausschuss sich an Aufträge und Fristen hält, fordert die BPTK weiter. „Denn der gesetzliche Auftrag, bis Ende 2016 insbesondere die ambulante psychotherapeutische Versorgung zu verbessern, wurde bis heute nicht umgesetzt“, so Kammerpräsident Munz. **EB, PB**

**Der G-BA ist das oberste Beschlussgremium** der gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Krankenhäuser und Krankenkassen.

## Illegale Drogen Crystal Meth ist keine „Alltagsdroge“



Foto: karasiani/Stockphoto

**Methamphetamin oder „Crystal Meth“** ist eine synthetisch hergestellte Substanz aus der Stoffgruppe der Phenylethylamine.

Der Konsum von Methamphetamin ist in der deutschen Bevölkerung nicht allzu weit verbreitet. Geringe Prävalenzangaben aus sechs Bundesländern weisen darauf hin, dass Methamphetamin in keinem Bundesland die Rolle der „Alltagsdroge“ hat, wie teilweise medial dargestellt wird. Zu diesem Ergebnis kommt die Autorengruppe um Elena Gomes de Matos vom Institut für Therapiefor- schung in München in der aktuellen Ausgabe des *Deutschen Ärzteblattes* (*Dtsch Arztebl Int* 2018; 115: 49–55). Datengrundlage für die Studie bildet der Epidemiologische Suchtsurvey aus dem Jahr 2015.

Da der Großteil der Bevölkerung bisher keinen Kontakt zu Methamphetamin gehabt habe, raten die Autoren von bundesweiten Präventionskampagnen ab, die die Aufmerksamkeit auf diese Substanz lenken und deren Verbreitung fördern könnten. Allerdings weisen sie darauf hin, dass es bei den Prävalenzangaben deutliche regionale Unterschiede gebe; so liege die Lebenszeitprävalenz des Konsums von Methamphetamin in Sachsen (2,0 Prozent) und in Thüringen (1,7 Prozent) deutlich über den Angaben aus Nordrhein-Westfalen (0,37 Prozent) oder Hamburg (0,62 Prozent). Erklärt wird dies mit der Nähe zu Tschechien, wo ein Großteil des Methamphetamins für den europäischen Markt produziert werde. In den stärker betroffenen Regionen empfehlen die Autoren eine besondere Sensibilisierung und Schulung des medizinischen Personals. **tg**

## RANDNOTIZ

Petra Bühring

Künftig wird es in Großbritannien eine „Ministerin für Einsamkeit“ (Minister für Loneliness) geben. Tracey Crouch, Staatssekretärin für Sport und Ziviles im Kulturministerium, soll diese Aufgabe übernehmen, teilte Theresa May Mitte Januar mit. Großbritanniens Premierministerin will damit der zunehmenden Vereinsamung von wachsenden Teilen der Bevölkerung entgegenwirken. Denn Gefühle von Einsamkeit und sozialer

## Einsame Insel

Isolierung können das Risiko für Herzinfarkte und Schlaganfälle erhöhen (<http://daebl.de/NA69>). Nach einem Bericht der „Jo Cox Commission on Loneliness“ fühlen sich mehr als neun Millionen Briten (von 65,5 Millionen Einwohnern) häufig oder permanent einsam. Vor allem betroffen sind Senioren, Pflegende, Angehörige, Trauernde, junge Eltern und Flüchtlinge. Die Kommission wurde nach der ermordeten Labour-Politikerin benannt, die sich auf politischer Ebene für die Belange einsamer Menschen eingesetzt hatte. Jo Cox, die sich für den Verbleib in der EU ausgesprochen hatte, wurde 2016 auf offener Straße von einem rechtsextremen Brexit-Befürworter erschossen. Die neue Ministerin für Einsamkeit soll nun an ihr Vermächtnis anknüpfen und politische Strategien für die Lösung des Problems entwerfen. Das alles ist gut und richtig. Doch könnte die Regierung vielleicht noch einen Schritt weitergehen und die Zuständigkeit des neuen Amtes auf Depressionen und Angststörungen ausweiten – oder besser gleich auf psychische Erkrankungen. Präventionsstrategien gegen Rechtsextremismus täten ein Übriges, um zunehmenden Strömungen auf der sich isolierenden Insel entgegenzuwirken.